

„Streitkraft Bundeswehr“: Die AfD in der Tradition des deutschen Militarismus

Aktualisierte Version (Stand 09/2020) eines Vortrags beim 26. Friedensratschlag 2019 des Netzwerks Friedenskooperative¹

Dass Parteien und Fraktionen ihre Position zu verschiedenen Politikfeldern zunächst in Arbeitskreisen erarbeiten lassen, ist üblich, und dass sich dort entsprechend sachkundiges Personal zusammenfindet, ebenso. Das gilt auch für den Bereich „Verteidigungspolitik“. Nicht üblich ist hingegen, dass eine Partei oder Fraktion die Formulierung ihrer politischen Position einer einzelnen Interessen-Gruppe überlässt.

Bei der AfD ist es allerdings durchaus so, dass Militärs in ihr offensichtlich die Partei gefunden haben, mit der sie ihre Interessen unmittelbar in die Politik einbringen können. So schreibt der „Arbeitskreis Verteidigung“ der AfD-Bundestagsfraktion über sich selbst: „Jedes Mitglied ... verfügt über einen militärischen oder polizeilichen Hintergrund“. Der Sprecher Rüdiger Lucassen war 34 Jahre lang Berufsoffizier mit Tätigkeiten bei der NATO und im Verteidigungsministerium, seit 2007 ist er Geschäftsführer einer Firma auf dem Gebiet „Ausbildung von militärischen und zivilen Sicherheitsorganen, Streitkräften, Grenzschutz, Polizei“. Auch einer seiner Stellvertreter, Gerold Ott, ist Berufsoffizier, der andere, Christoph Neumann, kommt vom Bundesgrenzschutz.

Überhaupt: von den 91 Abgeordneten der AfD im Bundestag sind 14 ehemalige Berufs- oder Zeitsoldaten, das entspricht 15,3 Prozent der Fraktion, in der Mitgliedschaft liegt der Anteil noch knapp 2 Prozent höher. Zum Vergleich: die Fraktion mit dem zweithöchsten Anteil von Soldat*innen ist die SPD mit 2,6 Prozent. Da die AfD in ihrem Grundsatzprogramm nur vier Politikfelder als Handlungsfelder eines „schlanken Staats“ definiert und dabei „Innere und äußere Sicherheit“² zusammenfasst, sei noch erwähnt, dass weitere 7,7 Prozent der MdBs mit AfD-Parteibuch aus der Polizei stammen.

Zu den Abgeordneten mit militärischem und/oder Polizei-Hintergrund gehören so illustre Persönlichkeiten wie der Ex-CDU-MdB Martin Hohmann (Major d. R., 4 Jahre BKA Wiesbaden), der die CDU wegen antisemitischer Äußerungen verlassen musste, und der hessische Vorsitzende der Jungen Alternative Jan Nolte (Oberbootsmann), dessen Mitarbeiter Maximilian T. im Verdacht stand, gemeinsam mit Franco A. einen terroristischen Anschlag vorbereitet zu haben. Auch außerhalb des Bundestags werden Militärs a. D. öffentlich für die AfD aktiv. Die Vorsitzenden der Landesverbände Berlin und Rheinland-Pfalz kommen aus der Bundeswehr, in Hannover kandidierte 2019 der ehemalige Dreisterne-General der Luftwaffe Wundrak für die Partei als Oberbürgermeister. Zuvor war er Kommandeur des Lufteinsatzkommandos in Kalkar.

So wie sich die AfD schon in der Präambel ihres Grundsatzprogramms in einer historischen Mission gegen den „Bruch von Recht und Gesetz“ und die „Zerstörung des Rechtsstaats“ sieht, geht es auch in der Präambel der programmatischen Schrift „Streitkraft Bundeswehr“ ihrer Militärs weiter: „Seit vielen Jahren können die deutschen Streitkräfte diesen hoheitlichen Schutzauftrag unseres Landes nicht mehr erfüllen. Die Bundeswehr als Ganzes nicht einsatzbereit. Die Verantwortung für diesen Verfassungsbruch tragen nicht die Soldaten der Bundeswehr, die treu ihren Dienst für das Vaterland versehen. Die Schuld verantwortet eine Politik der letzten Jahrzehnte, Die Wiederherstellung der

¹ Der Vortrag wurde auch veröffentlicht im Tagungsband des 26. Friedensratschlags.

² Als weitere staatliche Aufgaben werden „Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung“ genannt.

Verteidigungsbereitschaft ... wird mehrere Legislaturperioden in Anspruch nehmen. ... Die äußere Sicherheit unseres Landes muss deshalb einen herausgehobenen Stellenwert im Bewusstsein des deutschen Volkes erlangen“.

Direkt daran anschließend wird klar und deutlich formuliert:

„Der Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Bundestagsfraktion strebt dafür eine Novellierung der grundgesetzlichen Vorgaben an.“

Eine Vorstellung, wo die Reise hingehen soll, vermitteln die folgenden Absätze:

„... Auslandseinsätze zur Stabilisierung fremder Staaten dürfen die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands zu keinem Zeitpunkt gefährden. Sie unterliegen darüber hinaus stets dem nationalen Interesse Deutschlands sowie den strengen Vorgaben aus nationalem und internationalem Recht. ... Aufgaben im Ausland, die nicht das militärische Kerngeschäft betreffen, werden zukünftig an andere staatliche Institutionen übertragen und in Kooperation mit privatwirtschaftlichen Dienstleistern³ erfüllt.

Der Schutz seiner Bürger im Ausland ist von der Zurückhaltung Deutschlands bei weltweiten Kampfeinsätzen nicht betroffen. Die Bundesrepublik versetzt ihre Streitkräfte personell, materiell und rechtlich in die Lage, den ihr zugewiesenen Schutzanteil an jedem Ort der Erde gewährleisten zu können. Im Falle terroristischer Bedrohungen gegen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürger, wird die Bundeswehr auch zur Gefahrenabwehr und zur Unterstützung der Strafverfolgung im Ausland befähigt und autorisiert. ... Die Bundesregierung trägt jedoch dafür Sorge, dass Aufträge aus diesem Spektrum auch gegen den Willen anderen (sic) Staaten durchgeführt werden können. Ein präzises und robustes Vorgehen deutscher Streitkräfte entfaltet durch seine abschreckende Wirkung auch einen präventiven Schutz für Deutsche im Ausland.“

Zur NATO heißt es, es gebe zu ihr „auf absehbare Zeit keine gleichwertige Alternative“, Die „nuklearen Fähigkeiten der Partner“ stellten eine „wesentliche Komponente der militärischen Abschreckung dar“ und Deutschland habe „ein vitales Interesse an der Teilhabe dieser Fähigkeit, bis eine gleichwertige Alternative zur Verfügung steht.“ Maßnahmen zur Schaffung einer EU-Armee werden hingegen abgelehnt.

Neben „materieller und personeller Aufrüstung“ sei jedoch „eine geistig-moralische Reform der Truppe zwingend erforderlich“. „Im Zentrum jedes militärischen Denkens müssen die Befähigung und der Wille zum Kampf stehen. ... Die Bundeswehr ist Teil einer Jahrhunderte alten Militärtradition. Als ‚Staatsbürger in Uniform‘ haben die Männer und Frauen der Bundeswehr das Recht, ihr soldatisches Selbstverständnis wesentlich mitzubestimmen und weiterzuentwickeln.“ Darüber hinaus seien die „Ehrung und gesellschaftliche Privilegierung der Soldaten der Bundeswehr ... eine ressortübergreifende Aufgabe“.

Selbstverständlich soll sich auch das öffentliche Klima ändern: „Regierungen in Bund und Ländern fördern die staatsbürgerliche Bindung an unser Land in allen ihnen unterstehenden Bereichen und tragen so zur Stärkung des Wehrwillens in der Bevölkerung bei. Die Reserve der Streitkräfte übernimmt bei der Bindung zwischen Volk und Streitkräften eine besondere Funktion.“

Und das ist nicht die einzige Aufgabe, die ihr zugedacht ist: „In einer zukünftigen Struktur der Bundeswehr wird die Reserve darüber hinaus stärker mit der territorialen Verteidigung und dem

³ Also Söldnertruppen, wie sie die Firma des Arbeitskreis-Sprechers ausbildet, deren Beauftragung dann nicht vom Parlament beschlossen werden muss und die nicht den „strengen Vorgaben“ unterliegen?

Schutz kritischer Infrastruktur beauftragt. Das Reservekorps der Bundeswehr wird zum Grenzschutz im Frieden befähigt.“⁴

Diese Grundsätze werden anschließend in 15 „Arbeitsfeldern“ abgearbeitet, die jeweils in einem Fließtext und dann noch einmal in Art einer to-do-Liste dargestellt werden.

1. In der **Ausbildung** werden Soldaten⁵ „**zur physischen und psychischen Robustheit** ertüchtigt, ... für die reguläre und asymmetrische Kriegsführung ausgebildet, ... Verwundung und Tod sind Bestandteil der Ausbildung“ und selbstverständlich: „Arbeitsrechtliche Einschränkungen finden in der Bundeswehr keine Anwendung.“⁶
2. Die **allgemeine Wehrpflicht** soll wieder aktiviert werden⁷. Sie „sichert den Personalbedarf der Bundeswehr“, mit ihr „wird auch der Wehrwille des deutschen Volkes gestärkt“ und „der Wehrdienst fördert die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft.“
3. „Mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht wird auch die Grundlage für eine neue Schlagkraft und eine **neue Ordnung der deutschen Reserve** geschaffen. Neben einer einsatzbereiten allgemeinen Reserve, wird es in Deutschland zukünftig ein gekadertes Reservistenkorps geben. ... Das Reservistenkorps wird eingesetzt für territoriale Aufgaben, die Unterstützung der Polizei und den Grenzschutz; Stärke: 50.000.“ Dazu wird lapidar festgestellt: „Für diese Aufgaben ist eine **Änderung der grundgesetzlichen Bestimmungen zum Einsatz der Bundeswehr im Innern** notwendig.“
4. Deutschland braucht „eine nationale Sicherheits-Strategie. Sie koordiniert alle Maßnahmen zum Luftraum-, Küsten-, Heimat- und Grenzschutz, sowie zur Zivilverteidigung und zur Cyber-Abwehr. ... Deutschland muss im Bereich der Cyber-Abwehr zu allen Maßnahmen, auch offensiven, befähigt und legitimiert sein. Und – man kann es gar nicht oft genug sagen – Deutschland setzt sich für die **Stärkung des Wehrwillens innerhalb der Bundeswehr sowie innerhalb der gesamten Bevölkerung** ein.“
5. Mit den Ausführungen zur Bündnisverteidigung knüpfen die Militärs noch einmal direkt an das Grundsatzprogramm der AfD an, in dem behauptet wird, die Bundesrepublik verfolge „eine orientierungslose Anpassungspolitik“, die dazu führe, „dass zunehmend andere Staaten und Institutionen die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik beeinflussen und steuern“. Wie eine an „deutschen Interessen“ orientierte Politik aussehen soll, schreiben die Militärs ganz klar und deutlich: „Deutschlands geographische Lage und wirtschaftliches Gewicht rechtfertigen einen militärischen **Führungsanspruch unter den europäischen NATO-Partnern in Europa**.“ Am Aufbau einer „EU-Armee“ werde sich Deutschland nicht beteiligen.

Unklar bleibt die Haltung der AfD und ihrer Militärs gegenüber Russland. So stehen am Ende des Kapitels „Bündnisverteidigung“ zwei Sätze, die sich diametral widersprechen, nämlich:

- „Deutschland setzt sich für eine aktive Entspannungspolitik der NATO gegenüber der Russischen Föderation ein.“ und

4 Und schießt dann auch auf Frauen und Kinder, wie Frau v. Storch 2015 gefordert hat?

5 Reduzierung auf die männliche Form im Original

6 Ob dann auch der „Bandenbekämpfungs-Orden“ für besonderen Einsatz bei der Bekämpfung von Partisan*innen und Zivilist*innen, die man für solche hält, wieder aktiviert wird, bleibt offen.

7 Da befindet sich die AfD aktuell in der „guten“ Gesellschaft der neuen Wehrbeauftragten (SPD), die das für ein Mittel gegen bewaffnete Nazi-Netzwerke hält; die Verteidigungsministerin bevorzugt – wie die SPD-Vorsitzende Frau Esken – einen allgemeinen Pflichtdienst für junge Menschen als „Kitt der die Gesellschaft zusammenhält.“ Arbeitsdienst für die Volksgemeinschaft?

- „Deutschland leistet seinen Beitrag bei den Sicherheitsgarantien für die osteuropäischen Staaten.“

Hier muss sich noch entscheiden, welches Ressentiment am Ende überwiegt: das anti-russische oder das anti-„westliche“?

6. Auslandseinsätze „folgen ... stets dem nationalen Interesse Deutschlands ... Die Risiken unserer Soldaten und die Kosten des Einsatzes müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den erreichbaren Zielen stehen“ heißt es in verhältnismäßig dünnen Worten. Die in der Präambel geforderte Ermächtigung die die Bundeswehr „im Falle terroristischer Bedrohungen gegen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürger, auch zur Gefahrenabwehr und zur Unterstützung der Strafverfolgung im Ausland befähigt und autorisiert“, findet sich in den konkretisierenden Abschnitten nicht wieder.
7. /8. Umso mehr haben es der „Einsatz der Bundeswehr im Inneren“ und der „Heimat- & Grenzschutz“ in sich, weshalb diese Absätze hier vollständig zitiert werden:

„Innere und äußere Sicherheit unseres Landes lassen sich nicht mehr getrennt voneinander schützen. Zur Gefahrenabwehr unterhalb der Schwelle des Verteidigungsfalles, kann die Bundeswehr zukünftig im Rahmen eines „erweiterten militärischen Einsatzes“ im Inland eingesetzt werden. **Die Sperrwirkung des Grundgesetzes ist anzupassen.** Die Bundeswehr wird befähigt, auf Bedrohungsszenarien, wie Terrorangriffe, Cyberangriffe, Drohnenangriffe oder Angriffe mit gekaperten Flugzeugen reagieren zu können. Sie hält für diese Aufgaben Alarmkräfte vor. Das Reservistenkorps wird in diese Alarmkräfte integriert. Die Bundeswehr übt regelmäßig die Kooperation mit Polizei und zivilen Organisationen. Diese Übungen zum Bevölkerungsschutz werden einmal jährlich unter Einsatz aller Kräfte stattfinden. Ausschließlich computergestützte Übungen sind nicht ausreichend. Feldübungen unter Einsatz aller Kräfte erhöhen zudem die Akzeptanz in der Bevölkerung.“

„Heimatschutz ist Aufgabe der Streitkräfte im Verteidigungsfall. **Das breite Band asymmetrischer Bedrohungen gegen Deutschland verlangt den Schutz unserer Heimat durch die Bundeswehr aber auch im Frieden.** Nur die Bundeswehr hat die Fähigkeiten, Polizei und zivile Organisationen bei Großlagen, etwa bei Terroranschlägen, über einen längeren Zeitraum zu unterstützen. Dem aufzustellenden Reservistenkorps kommt hierbei eine Schlüsselfunktion zu. Die Reservistenverbände trainieren regelmäßig den Einsatz im Inneren in Kooperation mit zivilen Behörden. **Grundgesetzliche Beschränkungen werden aufgehoben.** Die Bundesregierung regelt die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Cyber-Abwehr durch die Bundeswehr. **Deutsche Streitkräfte können auch zum Grenzschutz eingesetzt werden.** Insbesondere das Reservistenkorps wird befähigt, die Bundespolizei beim Schutz der deutschen Außengrenzen zu unterstützen. Das Reservistenkorps erhält dazu eine eigene Aufklärungseinheit, die das gesamte Spektrum der bodengebundenen und luftgestützten Aufklärung abdeckt.

9. Auch im Kapitel „Budget und Organisation“ gehen die Militärs „in die Vollen“ und gegen das Grundgesetz an:

„Das Grundgesetz weist dem Haushaltsplan die Gestaltungshoheit über die personelle Stärke und die materielle Ausstattung zu. Gleichwohl darf das jährlich schwankende Budgetrecht des Parlaments nicht dazu führen, dass die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und damit die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland zur Disposition stehen. Das Grundgesetz muss in einer Form angepasst werden, dass eine Gefährdung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu jedem Zeitpunkt ausgeschlossen ist“, heißt es im Fließtext und dann noch einmal deutlich auf der anschließenden Konkretisierung **„Die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands wird grundgesetzlich verankert.“** Dazu „erfüllt [Deutschland] seine finanziellen

Zusagen gegenüber der NATO uneingeschränkt“ und am Ende heißt es: „Die Höhe der Rüstungsausgaben und Investitionen muss mindestens 20 Prozent des Gesamtetats der Streitkräfte betragen.“

10. Zur Struktur der Streitkräfte wird wesentlich deren Aufstockung auf 230.000 Soldaten in einem ersten Schritt gefordert, das sind knapp 50.000 mehr als aktuell, es geht also um ein Plus von 25 Prozent. Die sollen „in die Fläche zurück[kehren]. Heimatnahe Kasernen schaffen Attraktivität für Soldaten und erhöhen die Akzeptanz in der Gesellschaft.“ Der Hammer kommt am Schluss: **„Die deutsche Bundeswehr baut einen Generalstab auf.“**

11. Das wird unter dem harmlosen Titel „Verwaltung“ dann weiter ausgeführt:

„Die Trennung von Truppe und ziviler Verwaltung in der Bundeswehr geht auf die negativen historischen Erfahrungen Deutschlands zurück. ... **Die grundgesetzliche Verankerung dieses Misstrauens gegenüber unseren Soldaten ist nicht mehr zeitgemäß und wird zum Zwecke einer Straffung des Führungsprozesses abgeschafft.** Die Verwaltung wird in die Truppe integriert.“

Was damit gemeint ist, folgt in den Spiegelstrichen:

„Die Verwaltung dient der kämpfenden Truppe.

Die Trennung von Streitkräfte und Wehrverwaltung nach Artikel 87a und Artikel 87b des Grundgesetzes wird aufgehoben. ...

Wiederaufnahme der Wehrrfassung. Musterung aller deutschen Männer ab dem 18. Lebensjahr.

Aufbau von Rekrutierungsbüros in deutschen Innenstädten.

Modernisierung der Wehrverwaltung durch Insourcing, Digitalisierung und Verschlanung.“

Der „Staat im Staat“ übernimmt, das Parlament – dem ja schon im Grundsatzprogramm der AfD durch massive Verkleinerung, befristete Amtszeit und erheblich verringerte Mitarbeiter*innenstäbe kaum noch eine ernstzunehmende Kontroll- und Entscheidungsfunktion beigemessen wird, hat eigentlich nichts mehr zu sagen und die Regierung entscheidet nach Vorlagen der Militärs.

12. Im Kapitel „Material und Ausrüstung“ geht es munter weiter:

„Die Bundeswehr wird aufgerüstet, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu sichern.

Material und Ausrüstung der Bundeswehr entsprechen den höchsten qualitativen Anforderungen.

Die heimische wehrtechnische Industrie wird gefördert und gesichert. Die Bundesrepublik gibt verlässliche Exportgarantien.

Deutschland nutzt neue Technologien für die Bundeswehr. Dazu gehören bewaffnete Drohnen, künstliche Intelligenz, Biometrie, Cybertechnik und Robotik.

Staatliche Universitäten sind zur Kooperation mit der wehrtechnischen Industrie angehalten ...“

Das alles wird gesichert durch die angestrebte „Generalklausel“ im Grundgesetz, denn wer, wenn nicht die Militärs, kann in deren Logik entscheiden, wann „eine Gefährdung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu jedem Zeitpunkt ausgeschlossen ist“?

13. Unter der Überschrift „Werte und Normen“ lesen wir als Erstes: „Die Bundeswehr ist die Armee der Deutschen. Sie steht unverrückbar auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.“ Und als Letztes: „Deutschland blickt auf eine Jahrhunderte alte Militärtradition zurück. Diese Tradition ist geprägt von Erfolgen und Brüchen, von Falschem und Richtigem. Als Staatsbürger in Uniform definieren die Soldaten der Bundeswehr ihre Militärtradition zu wesentlichen Teilen selbst.“

In den „Positionen geht es konkreter weiter: „... Die Bundeswehr pflegt einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte. Die Tugenden des Soldaten sind Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit. Die Bundeswehr lebt die besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte. Sie helfen, soldatische Haltung und Tugenden – auch in der Öffentlichkeit – zu manifestieren. Militärisches Liedgut und Brauchtum sind Teil davon. **Traditionswürdigkeit beruht stets auf einer Einzelfallbetrachtung. Persönlichkeiten und militärische Ereignisse sind stets im Kontext der jeweiligen Epoche zu bewerten.** Taktische und strategische Lehrbeispiele aus der deutschen und internationalen Militärgeschichte dienen der Truppe zur Wissensvermittlung und damit zur Auftragserfüllung.“

14. Da es ja immer darum geht, neben dem Kampfeswillen der Truppe auch den „Wehrwillen“ der Gesellschaft zu steigern, folgt logisch ein Kapitel „Soldat und Gesellschaft“, in dem gefordert wird: „Der Soldat gehört in die Mitte der Gesellschaft. Ihm gebührt Wertschätzung und Anerkennung als Verteidiger seines Landes.“ Deshalb sollen **Gelöbnisse, Zapfenstriche, Tage der offenen Tür, Biwaks und Paraden** gefördert werden um „den Soldaten in der Öffentlichkeit sichtbar“ zu machen. Die **Bundeswehr soll in Unterrichts- und Ausbildungspläne der Schulen eingehen**, „Angriffe und Anfeindungen gegen Soldaten werden strafrechtlich konsequent verfolgt.“ Uns – das darf nicht fehlen: in Form von Vergünstigungen wird „das Tragen von Uniform in der Öffentlichkeit ... gefördert.“

15. Ganz zum Schluss, betitelt als „Menschenführung und Auftragstaktik“ noch schnell ein weiterer Schritt zum „Staat im Staate“. Nach der Ansage „Innere Führung braucht soldatische Tugenden. Befehl und Gehorsam sind integraler Bestandteil“ endet das Werk mit dem schlichten Satz: **„Die Bundeswehr baut eine eigene Militärjustiz auf.“**

Der Politikwissenschaftler Klaus Naumann⁸ fasst die Punkte 7 bis 12 unter der Zwischenüberschrift **„Absage an die Wehrverfassung“** zusammen und urteilt: **„Der Dreh- und Angelpunkt der Wehrkonzeption der AfD, daran lässt das Programm auch für den flüchtigen Leser keinen Zweifel, ist die Änderung des Grundgesetzes.** Dabei folgt die AfD einer bestechenden, besser gesagt: korrumpierenden Logik, die sie mit Schwung an den Rand des Verfassungskonsenses und darüber hinaus katapultiert.“ Das gilt mit Sicherheit auch für den Aufbau einer eigenen Militärjustiz.

Zugleich stellt er die programmatische Schrift der AfD-Militärs in die Tradition der Schnez-Studie von 1969, die nach dem damalige Inspekteur des Heeres⁹ benannt ist. Sie trug den Titel „Gedanken zur Verbesserung der inneren Ordnung des Heeres“ und wurde als Manifest einer Offiziergeneration wahrgenommen, die den gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik und die Prinzipien der Inneren Führung weitgehend ablehnte. Die Studie beklagte den „fehlenden Verteidigungswillen im Volk“ und forderte „eine Reform an Haupt und Gliedern, an Bundeswehr und Gesellschaft“, um die gesunkene Kampfkraft des Heeres entscheidend zu heben. So stellte sie weitreichende Forderungen an die Zivilgesellschaft, darunter auch Änderungen des Grundgesetzes, um die Autorität des Militärs in Krisen und Krieg zu stärken. Des Weiteren sollte sich die Bundeswehr auf die Werte einer „Kampf-, Schicksals- und Notgemeinschaft“ besinnen.¹⁰

8 „Blätter für deutsche und internationale Politik“ 12/2019

9 Albert Schnez war ein deutscher Offizier der Reichswehr, der Wehrmacht und der Bundeswehr und diente zuletzt von 1968 bis 1971 im Rang eines Generalleutnants des Heeres als dessen Inspekteur. Schnez bemühte sich ab 1949, gemeinsam mit anderen Veteranen der Wehrmacht und der Waffen-SS eine Geheimorganisation, die sogenannte Schnez-Truppe, die gegen die Sowjetunion kämpfen sollte, aufzubauen. Schnez war beteiligt an der Debatte zur Inneren Führung der neu aufgestellten Bundeswehr und gehörte zum engeren Umfeld des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß.

10 Quelle: Wikipedia; Erstveröffentlichung „Blätter für deutsche und internationale Politik“ 3/1969

Naumann schreibt in der entsprechenden Fußnote: „Tatsächlich wirkt die Studie in vielen Teilen wie eine Blaupause des aktuellen AfD-Wehrprogramms.“

Bekanntermaßen wurde die Bundeswehr von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren, unter Leitung des ehemaligen Mitglieds des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) Heusinger und anderer nie bestrafte(r) Kriegsverbrecher aufgebaut, viele ihrer Kasernen trugen – und manche tragen noch immer – die Namen von Kriegsverbrechern und jede aus der Zivilgesellschaft politisch erkämpfte Abkehr von entsprechenden Traditionen wurde gegen die „Truppe“ durchgesetzt.

So wurde erst im Juni 2020 nach sieben Jahren Auseinandersetzung wurde die die bisherige Lent-Kaserne in Rotenburg an der Wümme umbenannt in von-Düring-Kaserne¹¹. Der Nachtjäger Lent war im Lauf der Auseinandersetzung zum Verteidiger deutscher Frauen und Kinder gegen feindliche Bombergeschwader umgedichtet worden. Tatsächlich hatte er am 22. Juni 1944, dem dritten Jahrestag des Angriffs auf die Sowjetunion, vom Endsieg gesprochen und seine Männer dazu aufgerufen, „in leidenschaftlicher und fanatischer Weise bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen.“¹² Die Unteroffiziersschule der Luftwaffe in Appen ist noch immer in der Marseille-Kaserne untergebracht, benannt nicht nach der französischen Stadt, sondern nach dem Wehrmacht-Jagdflyer Hans-Joachim Marseille¹³ – den sogar die frühere Ministerin von der Leyen ebenfalls als „nicht mehr sinnstiftend“ bezeichnet hatte.

Diese durchaus aktuellen – nicht nur symbolischen – Auseinandersetzungen lassen ahnen, dass die ehemaligen und beurlaubten Soldaten der Bundeswehr, die offensichtlich das extrem rechte Weltbild der AfD teilen und sich an der Entwicklung ihrer Politik im „Arbeitskreis Verteidigungspolitik“ der AfD-Bundestagsfraktion beteiligen, im Kreise ihrer (früheren) Kollegen nicht besonders aufgefallen sind. Wie viele der aktuell noch aktiven Generäle, Oberste und anderen Offiziere fühlen sich von der AfD und ihrem „Arbeitskreis Verteidigungspolitik“ vertreten? Wie viele derer, die auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vereidigt sind, halten dieses tatsächlich nur für ein Hindernis auf dem Weg zur „Streitkraft Bundeswehr“? An welchen Schaltstellen im Verteidigungsministerium oder in der NATO sitzen sie?

Weniger als ein Jahr nach Erscheinen des programmatischen Papiers im Juni 2019 hat die Forderung nach „Ehrung und gesellschaftliche Privilegierung der Soldaten der Bundeswehr ... (als) ressortübergreifende Aufgabe“ schon Früchte gezeitigt: Soldat_innen in Uniform haben nutzen öffentliche Verkehrsmittel kostenlos. Und tatsächlich: die Präsenz des Militärs in der Bahn fahrenden Öffentlich hat seitdem mindestens freitags und sonntags sprunghaft zugenommen. Kommen demnächst kostenlose Kino-, Theater- oder Konzertbesuche für Uniformierte?

Und kaum ein Jahr ist vorüber, da beginnt zugleich mit der öffentlichen Vorstellung des neuesten Projekts der glücklosen CDU-Vorsitzenden und Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer die Bewerbungsfrist für „Dein Jahr für Deutschland“. Unter diesem deutsch-national daher kommenden Titel geht es tatsächlich um nicht weniger als den Aufbau einer besonderen Reserve für den „Heimatschutz“. Nein, das ist noch nicht das von der AfD geforderte „gekaderte Reservistenkorps, ... eingesetzt für territoriale Aufgaben, die Unterstützung der Polizei und den Grenzschutz“, für das „eine Änderung der grundgesetzlichen Bestimmungen zum Einsatz der Bundeswehr im Innern notwendig“ wäre, aber eine Stärkung der jetzt schon geregelten „zivil-militärischen Zusammenarbeit“ für den

11 Ob ein Offizier der antinapoleonischen und im Ergebnis antirevolutionären (gegen die Errungenschaften der französischen Revolution) „Befreiungskriege“ als Vorbild einer Parlamentsarmee dienen kann, sei hier dahingestellt ...

12 Vgl. dazu: Jakob Knab, Kontinuitäten und Brüche in antifa September/Okttober 2020

13 Als Fliegerass mit den meisten Abschüssen auf dem nordafrikanischen Kriegsschauplatz wurde er durch die nationalsozialistische Propaganda unter dem Namen Stern von Afrika bekannt.

Einsatz im Inneren – und sei es vorerst nur im Katastrophenfall – ist die Schaffung einer solchen Truppe allemal.¹⁴

Wenige Tage vor der Veröffentlichung dieses neuesten „Produkts“ aus dem Haus der Verteidigungsministerin klang die Ministerin schon ganz wie die Autoren der „Streitkraft Bundeswehr“. Beim Gelöbnis im Bendlerblock am 20. Juli gab sie den neu vereidigten Rekrut_innen mit auf den Weg: „Begriffe wie Soldatentum, Kameradschaft, Ehre, Treue, Pflicht und Vaterland sind positiv. Diese Begriffe gehören uns.“

Dass der – bis zur Veröffentlichung durch „Panorama“ – im Ministerium für Neue Medien und Rekrutierungskampagnen zuständige Oberstleutnant Marcel Bohnert jahrelang mit einem Anhänger der „Identitären Bewegung“ vernetzt war und dessen rechte Propaganda mit „likes“ bewarb, fiel im Ministerium übrigens ebenso wenig auf wie Vorträge im „Studienzentrum Weikersheim oder bei der völkisch-nationalen Burschenschaft "Cimbria München". Auf einer Veranstaltung der Universität der Bundeswehr in Hamburg 2018 trug er vor: "Entweder ich hab eine Armee, die meinen demokratischen Staat repräsentiert. Und wir sind eine pazifistisch orientierte Gesellschaft. Oder ich hab eine Armee, die kämpfen kann. Dann kann sie aber hier in Deutschland nicht ganz in der Mitte der Gesellschaft stehen.“

Aber offenbar reagiert nicht nur die zuständige Ministerin auf den offensichtlichen Zuspruch, den die AfD bei Militärs findet, mit Entgegenkommen. Auch andere Parteien erkennen in den Soldat*innen Wähler*innen, deren „Sorgen“ sie offensichtlich ernst nehmen wollen.¹⁵ So wird die Grünen-Politikerin Agnieszka Brugger in einem Beitrag des Zentrums Liberale Moderne zitiert: „Alle Parteien müssen sich mehr um die Menschen bemühen, die in den Sicherheitskräften ihren Dienst leisten.“ Die Grünen hätten sich über Fraktionsgrenzen hinweg für bessere Versorgung bei posttraumatischer Belastungsstörung eingesetzt – ein wichtiges Thema etwa wegen des Einsatzes in Afghanistan.

Der CSU-Verteidigungspolitiker Florian Hahn, stellvertretender Generalsekretär seiner Partei, sagt: „Die Truppe wünscht sich mehr Anerkennung, nicht nur materiell. Darauf müssen wir reagieren.“ Darüber hinaus habe durch „massives Sparen über fast 30 Jahre hinweg“ die Attraktivität der Bundeswehr gelitten, und: dass die ehemalige Ministerin von der Leyen der Bundeswehr ein Haltungsproblem unterstellt habe, sei zudem sehr unglücklich gewesen.¹⁶ Die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl (SPD) trägt mit ihrer Forderung nach Wiedereinführung der Wehrpflicht zur Debatte bei.

In der FAZ durfte nach einer kritischen Analyse ihres Berlin-Korrespondenten Peter Carstens¹⁷ der ehemalige Berufssoldat Wolf Poulet¹⁸ antworten und schlussfolgern: „Das AfD-Papier lässt keine Zweifel daran aufkommen, dass die Arbeitsgruppe Verteidigung der Partei ohne Einschränkung zum konservativen Teil der AfD gerechnet werden kann und damit auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht.“

14 Vor diesem Hintergrund fällt übrigens der öffentlichkeitswirksame kurzzeitige Einsatz von uniformierten Bundeswehr-Angehörigen in ausgewählten Pflegeeinrichtungen und für Corona-Tests an Flughäfen ausgesprochen unangenehm auf.

15 Falls eine Analogie zu den „besorgten Bürgern“ von PEGIDA oder von rechts gesteuerten „Querdenker*innen“ auffällt: das ist so gewollt.

16 Vgl. Zentrum Liberale Moderne, Beitrag von Maria Fiedler vom 14.02.2020 <https://libmod.de/afd-bundeswehr-extremismus/>

17 Am 10. Juli 2019

18 Am 4. September 2019; der Autor war 30 Jahre lang Berufssoldat, zuletzt als Oberst im Generalstabdienst der Bundeswehr. Er ist Geschäftsführender Direktor einer Internationalen Beratungsfirma.

Es scheint, dass der Vorstoß der AfD auf dem Feld der „Verteidigungspolitik“ trotz seines „den Rahmen des Grundgesetzes deutlich sprengenden“ Charakters¹⁹ durchaus als diskussionswürdig betrachtet wird, weil er möglicherweise unter den vereidigten militärischen Entscheidungsträgern in der Bundeswehr einen gewissen Zuspruch findet. Das ist allein schon ein Grund zur Besorgnis.

In Verbindung mit den rechten Netzwerken in der Bundeswehr, die sowohl mit anderen militanten Nazi-Strukturen als auch mit der AfD und ihrer Bundestagsfraktion personell verbunden sind, und offenbar bis in Verteidigungsministerium reichen, erst recht.

Von Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA e.V. und Mitglied im Bundesarbeitsausschuss von Aufstehen gegen Rassismus (AgR)

¹⁹ Nennt man das in anderen Zusammenhängen nicht gern verfassungsfeindlich?